

Nachbarschaftsinitiative Wuppertal-Oberbarmen

An den Rat der Stadt Wuppertal
über
Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke
Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

den im Rat der Stadt Wuppertal
vertretenen Fraktionen per Mail zur Kenntnis

CDU	info@cdu-fraktion-wuppertal.de
SPD	info@spd.rat.de
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	fraktion@gruene-wuppertal.de
FDP	fraktion@fdp-wuppertal.de
DIE LINKE	ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
WfW - WÄHLERGEMEINSCHAFT für WUPPERTAL	fraktion@wfw-wuppertal.de

ebenso per Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme an

Sozialdezernenten der Stadt, Herrn Beig. Dr. Kühn

das Vier Zwo Zwo Quartierbüro Soziale Stadt Oberbarmen-Wichlinghausen info@vierzwozwo.de

Wuppertal, 04.04.2016

**Bürgerantrag gem. § 24 Gemeindeordnung NRW
betr. Soziale Stadt Wuppertal Wichlinghausen / Oberbarmen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

Sie haben am 29.03.2016 unter „Muckles Meinung“ herzlich eingeladen, mitzumachen bei der Bürgerbeteiligung, sich für unsere Stadt zu engagieren und geäußert, dass Sie sich auf viele inspirierende Erfahrungen mit und bei der Bürgerbeteiligung freuen.

Bitte legen Sie den folgenden Antrag im Sinne von § 24 GO NRW dem Rat der Stadt Wuppertal vor:

Gemäß § 24 Abs. 1 GO NRW reichen die in der beigefügten Liste aufgeführten und unterzeichnenden Einwohner / Bürger der Stadt Wuppertal dem Rat der Stadt Wuppertal folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung ein:

1. Die Stadtverwaltung erhält den Auftrag, im Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt Wichlinghausen / Oberbarmen in der Form initiativ zu werden, dass eine

Präventionsmaßnahme für Jugendliche und junge Erwachsene unter Berücksichtigung der Bestimmungen zur Zuschussgewährung aufgelegt und mit aus den dafür vorgesehenen Mitteln bestritten wird, durch die die derzeit in erschreckend zunehmenden Maße festzustellenden Aktivitäten der Sprayer (für die die Staatsanwaltschaft den Tatvorwurf „Unbefugtes Ändern des Erscheinungsbildes einer Sache“ verwendet) so „aufgegriffen“ werden, dass die im Straßenbild des Quartiers zu beobachtende Verwahrlosung von nicht wenigen Bereichen möglichst nicht weiter fortschreitet.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der „Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf -öffentlichen Straßen und Plätzen“, deren Aufgabenstellung im Anhang zu diesem Antrag dargestellt ist (Fundstelle Homepage der Stadt Wuppertal, Bericht (2002 – 2004), den Auftrag zu erteilen, sich schwerpunktmäßig mit der in diesem Antrag unter Ziffer 1 dargestellten Problematik auseinander zu setzen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine Erhöhung der Geldbuße gem. § 11 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Wuppertal zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Beteiligten der Kommunalen Ordnungspartnerschaft einen Vorschlag mit der Zielsetzung zu erarbeiten, wie sichergestellt werden kann, dass durch entsprechend geschultes und ausgestattetes Personal schwerpunktmäßige Kontrollen auf Einhaltung der Satzungsbestimmungen nach Ziffer 3 an entsprechenden Brennpunkten öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden und bei Verstößen, ähnlich wie bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs, sofort Verwarnungen erteilt werden können.

Vorwort vor der Begründung:

Es wäre zu schade, wenn unser schönes Quartier, dessen Qualitäten (insbesondere schöne Häuserfassaden, ruhige Wohnlagen in Nähe jedweder ÖPNV-Anbindungen, vorhandene Einkaufsmöglichkeiten, beste Gesundheitsversorgung, alle Schulformen in gut erreichbarer Nähe, Anbindung an die Nordbahntrasse....) viel zu wenig in der Öffentlichkeit werbewirksam herausgestellt werden, durch eine negative Entwicklung im äußeren Erscheinungsbild (weiter) an Wert verlieren würde. Nicht unerwähnt lassen möchten wir in diesem Vorspann die vielen Menschen, die sich im Rahmen der bestehenden gut funktionierenden Netzwerke im Quartier umeinander mit der Zielsetzung kümmern, dass keine Angsträume entstehen (siehe auch Bericht in der WZ vom 01.04.16).

Begründung:

Wie von der Stadt publiziert und von der Presse berichtet (u.a. Artikel in der WZ vom 4.2.16) „hat die Landesregierung 15,8 Millionen Euro für das neue Förderprogramm Soziale Stadt Wichlinghausen / Oberbarmen bis 2021 bewilligt und damit das Wuppertaler Konzept gewürdigt.“ Als entscheidende Änderung zu den bisherigen Plänen wird herausgestellt: „Alle Maßnahmen rund um den Berliner Platz sollen gebündelt und in einem Entwicklungsprozess mit den Bürgern erarbeitet werden.“ Weitergeführt werden soll, wie in der ersten Förderphase auch, das Fassadenprogramm. Darüber erhalten Fassadenbesitzer, die ihre Fassaden sanieren lassen, Zuschüsse.

„Auch für *creative Projekte in Wichlinghausen und Oberbarmen sind wieder Mittel vorhanden*“, so wird von den Verantwortlichen ausgeführt.

Von der Stadt wird aufgerufen, Projekte zu benennen, die der Zielsetzung „Aufwertung des Stadtteils“ man könnte auch, wie böse Zungen behaupten „Bewahren vor der entgegengesetzten Entwicklung“ entsprechen.

Konkret als Schwerpunkt, auch schon in der Vergangenheit, wurden und werden immer wieder benannt die Hausfassaden. Es ist bekannt, dass im Quartier viele denkmalgeschützte Häuser, ja

ganze Straßenzüge aus der Gründerzeit stehen, teils mit bereits schön sanierten, oft aber auch mit noch sanierungsbedürftigen Fassaden.

Hintergrund für die Fassadenförderung ist sicherlich, dass schon der Fassadenzustand einen ersten Anschein über die zu erwartende „Qualität“ im Quartier vermittelt. Verwahrlosen die Fassaden, verwahrlosen unter Umständen ganze Straßenzüge. Unrat wird abgestellt, Hundekotbeutel liegen herum (oder Hundekot wird erst gar nicht weggemacht), Abfall wird einfach fallengelassen, Papierkörbe interessieren nicht mehr, überfüllte Mülleimer bleiben stehen, Mülleimer werden nach der Leerung nicht mehr ins Haus gesetzt usw. Das Straßenbild verändert sich. Es entsteht der Eindruck, niemand kümmert sich mehr. Das hat zum Beispiel zur Folge, dass plötzlich offen und ohne Hemmschwelle mit Drogen gedealt wird, weil „man“ sich unbeobachtet fühlt. Die Sprayer nehmen sich der Hausfassaden an, egal, ob es bereits mit Zuschüssen finanzierte, sanierte Fassaden, ob es mit öffentlichen Mitteln gestaltete Bildflächen sind oder nicht. Plötzlich entstehen ganze „Sprüher-Strecken“. Eine Abwärtsspirale dreht sich und erfasst sich ausdehnend weitere Bereiche.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung fragt sich mancher Hauseigentümer: „Macht es Sinn, die Fassade zu sanieren, wenn schon vielleicht in der Woche nach Fertigstellung erste „Tags“ und kurze Zeit später weitere gesprüht sind?“ „Habe ich die Kraft, das Geld, die Nerven, also all die erforderlichen „Notwendigkeiten“, sofort nach einer solchen Aktion zu agieren und das Gesprühte wieder zu entfernen?“

Leider ist in jüngster Zeit, nicht nur im Quartier, in verstärktem Maße festzustellen, dass Graffiti-Künstler (oder solche, die sich dafür halten) nicht nur die Hausfassaden der privaten Eigentümer, sondern alle im Straßenraum vorzufindenden „Einrichtungsgegenstände“, die von öffentlicher Hand, also letztlich dem Steuerzahler finanziert werden, „umgestalten“. Was nutzt es da, dass Leuchten besonders ausgesucht werden, damit sie sich dem Stadtbild anpassen. Mit Tags und mehr werden versehen Bänke, Schaltkästen, Briefkästen, Mauern, Geländer, Papierkörbe.... Die Aufzählung könnte endlos verlängert werden. Benutzt werden, je nach Größe der ausgewählten Gegenstände unterschiedliche Materialien.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der vor einiger Zeit in der Wuppertaler Rundschau abgedruckte Artikel über ein ausgelegtes Gebet in der Trassenkapelle am Bergischen Plateau (siehe Anlage).

Wen wundert es, dass in einem weiteren in der Wuppertaler Rundschau vom 13.02.2016 abgedruckten Leserbrief „Polizei ist unterbesetzt“ (siehe Anlage) zu lesen ist, dass der Briefeschreiber „als Anwohner über eine Bürgerwehr, die sich in seinem Umfeld aufhält, sehr glücklich ist.“

Wiederholt auf dem Berliner Platz in aller Öffentlichkeit und ungestört, auch an helllichem Tage zu beobachten ist, dass zu bestimmten Zeiten schon auf große Distanz hin erkennbar Dealer ihrer Tätigkeit nachgehen. Hier entwickeln sich langsam, aber stetig, die „rechtsfreien Räume“, die der Innenminister des Landes NRW als nicht existent bezeichnet. In ihnen gilt zwar das Recht, insofern sind sie sicherlich nicht rechtsfrei, das Recht wird aber nicht mehr angewandt bzw. durchgesetzt. Daran ändern offensichtlich auch nicht die in dem o.g. WZ Artikel vom 01.04.16 angesprochenen „Streifengänge“ der Polizei bislang nichts. Ja, mehr polizeiliche Aufmerksamkeit ist erforderlich!

Die in einem auf der Internetseite der Stadt abrufbaren Bericht (2002 – 2004, Seite 7, der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen (Anmerkung: dieser alte Bericht erscheint bei entsprechender Sucheingabe an oberster Stelle) getroffene, seinerzeitige Aussage, „dass Erkenntnisse über verstärkten Handel illegaler Drogen bzw. die Manifestierung einer Drogenszene nicht vorliegen“ ist heute in keinster Weise mehr haltbar.

Unternommen wird eben, soweit erkennbar, von –wie es so heißt– „offizieller Stelle“ - bislang nichts. Das Stadtbild verändert sich, wird zugegebenermaßen in jeglicher Hinsicht bunter, allerdings nicht im positiven Sinne. Die Sprayer, um auf sie zurück zu kommen, überbieten sich gegenseitig, übermalen ihre Tags und stehen offensichtlich im harten Wettbewerb unter- bzw. gegeneinander, um nicht bildlich gesprochen zu sagen „übereinander“. Die Tags einzelner werden in zwischen mit dem Zusatz

versehen „Crew“. Die Verwahrlosung breitet sich immer schneller aus, geht inzwischen über das Quartier hinaus.

Bislang mag mit den Ausführungen der Eindruck erweckt werden, als stünden insbesondere einzelne zu schützende Hausfassaden im Vordergrund dieses Bürgerantrages. Das ist nicht der Fall. Hier geht es um das Erscheinungsbild und die Zukunft eines ganzen Stadtquartiers und seiner Bewohner.

Wie bereits oben ausgeführt, ist auffallend, aber nicht verwunderlich, dass die beschriebenen Aktivitäten der Sprayer besonders von dort ausgehen, wo junge Menschen Freizeitaktivitäten entwickeln. Hier sind insbesondere das Bergische Plateau und die dort vorhandenen Einrichtungen ehemaliger Bahnhof Wichlinghausen, die Skaterhalle sowie die Parcour-Anlage und der dortige Bolzplatz zu nennen. Offensichtlich trifft man sich dort und auf dem Hin- oder Nachhauseweg bzw. auf wahrscheinlich nächtlichen Streifzügen wird dann gesprüht und markiert. Mit diesem Hinweis sollen diese Einrichtungen keinesfalls als negativ dargestellt werden! Sie sind gerade heute so wichtig.

In dem bereits zitierten Bericht (2002 – 2004) der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen wird auf Seite 5/6 ausgeführt: *„Streetwork für Kinder und Jugendliche findet in Wuppertal im klassischen Sinne nicht statt.“*

Schon damals kommt der genannte Bericht zu dem Fazit (Seite 6): *„An einigen Stellen im Stadtgebiet existiert erhöhter Handlungsbedarf, der von den MitarbeiterInnen der betroffenen Institutionen bearbeitet werden muss, auch wenn nötige finanzielle wie personelle Ausstattung nicht immer gewährleistet ist.“*

Jetzt zeigen sich offensichtlich die Ergebnisse früherer Versäumnisse auf erschreckende Art.

Im Rahmen der unter Ziffer 1 beantragten Maßnahme könnten durch eine präventive Jugend-Sozialarbeit, die beschriebenen „negativ sich auswirkenden“ Aktivitäten der Sprayer durch „Streetworker“ aufgegriffen und z.B. in der Form umgelenkt werden, dass auf zur Verfügung gestellte Flächen offiziell gesprüht bzw. gestaltet werden darf. Denkbar ist das z.B. an Flächen entlang der Nordbahntrasse, die sich dafür anbieten und die ggfs. auch „Hingucker“ sein könnten (Beispiel East-Side-Gallery in Berlin). Über eine entsprechende Präventionsarbeit wird es sicherlich in anderen Städten Beispiele geben, über die im Rahmen des interkommunalen Erfahrungsaustausches Erkenntnisse für das Quartier erworben werden könnten, soweit sie bei der Stadt nicht vorhanden sind. (Das gilt auch für die unter Ziffer 4 beantragte Maßnahme, über öffentlichkeitswirksames und damit abschreckendes Kontrollieren und sofortiges ordnungsbehördliches Eingreifen wurde bereits im Fernsehen aus anderen Städten berichtet).

Sicherlich wird in der Diskussion um den Bürgerantrag als Argument kommen: „Mit Prävention ist den Sprayern nicht mehr beizukommen, die wird man nicht erreichen!“

Dem ist zweierlei entgegen zu setzen:

1. Die, die nicht mehr erreichbar sind, müssen die Sanktionen zu spüren bekommen, die die Gesellschaft für solch widerrechtliches Handeln in Gesetzen verankert hat. Dazu müssen sie ermittelt werden. Hier sollten alle Betroffenen gemeinsam agieren und zum Beispiel durch das Aussetzen einer Belohnung die Chancen erhöhen, zumindest einen der Haupttäter zu ergreifen und vor Gericht zu stellen. Wir können einfach nicht länger zuschauen, wie das Quartier verunstaltet wird.
2. Es wird auch jetzt noch Sprayer geben, bei denen die Prävention Sinn macht, so dass, zukunftsbezogen gesehen, halt nicht vergeblich investiert wird.

Die Dringlichkeit einer **umfassenden** Präventionsarbeit im Quartier Oberbarmen wird weiterhin ganz aktuell dadurch deutlich, dass gemäß Berichterstattung am 16.02.16 in der Aktuellen Stunde des WDR im Quartier allein 4000 Syrer leben, die zu integrieren sind. Stellt sich die Frage, in welches Umfeld die „aufnehmende Gesellschaft“ diese Integration vollziehen will, welches „Integrationsniveau“ wird angestrebt. Das darf nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, sondern muss schnellstens planmäßig angegangen werden.